

Erklärung des Deutsch-Polnischen Ausschusses zur Europawahl 2019

Wir, die Vertreterinnen und Vertreter aus den Mitgliedskommunen im Deutsch-Polnischen Ausschusses des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), erklären anlässlich unserer gemeinsamen Sitzung am 17./18.06.2019 in Gostyn und Jarocin zum Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament, dass sich der Deutsch-Polnische Ausschuss und seine Mitglieder auch künftig für eine starke Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen in einer starken Europäischen Union einsetzen werden.

Die hohe Wahlbeteiligung in beiden Staaten ist ein deutliches Zeichen für das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Europäischen Politik, die Bedeutung der EU für unser tägliches Leben und eine deutliche Forderung nach gemeinsamen Lösungen für gemeinsame Herausforderungen. Auch wenn in vielen Mitgliedstaaten auch Stimmen auf europakritische Parteien entfallen sind, ist das Wahlergebnis insgesamt doch als Signal einer pro-europäischen Stimmung in der Bevölkerung zu werten. Aus kommunaler Sicht ist es wichtig, dass die vielfältigen Partnerschaften zwischen Städten, Landkreisen und Gemeinden in Polen und Deutschland weiterhin gefördert werden, um Europa und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Bürgerinnen und Bürger aus erster Hand erlebbar zu machen und für das europäische Projekt zu begeistern.

Eine starke Partnerschaft bedarf einer soliden Grundlage, welche mit den Europäischen Verträgen geschaffen wurde. Wir bekennen uns als kommunale Vertreterinnen und Vertreter aus Polen und Deutschland zu den in den europäischen Verträgen verankerten Grundwerten der Europäischen Union und der darin festgeschriebenen Rolle der Europäischen Institutionen, die insbesondere die Einhaltung des europäischen Primär- und Sekundärrechts sicherstellen müssen.

Obwohl die Bürgerinnen und Bürger in beiden Mitgliedstaaten scheinbar mit einzelnen Aspekten der europäischen Politik derzeit nicht immer zufrieden sind, sind wir der Ansicht, dass die Europäische Union für die Menschen in der EU – ebenso wie die Kommunen – eine wesentliche Errungenschaft ist, an deren Grundfesten nicht gerüttelt werden darf. Kritik an politischen Entscheidungen kann nur durch konstruktive Gespräche zwischen allen Mitgliedstaaten ausgeräumt werden. Natürlich bedarf es eines breiten Dialoges über die Zukunft der Europäischen Union, um die bestehenden Strukturen und Verfahren effizienter zu gestalten, ihre Handlungsfähigkeit weiter zu erhöhen und die Rolle der Kommunen zu stärken.

Der Deutsch-Polnische Ausschuss ist bereit, sich umfassend in den Dialog über die Zukunft der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in einer starken Europäischen Union einzubringen.

Landrat Stefan Löwl
Deutscher Vorsitzender

Piotr Głowski
Polnischer Vorsitzender